

# **Frauen in der Region**

## **Bericht zu dem Interreg-Projekt „Frauen.Forum.Zukunft“ für die Regionen Garmisch-Partenkirchen und Reutte/Ausserfern**

### **Erwerbs-Arbeit und Einkommen**

Existenzsicherung ist in unserer Gesellschaft mit der Teilhabe am Erwerbsarbeitsmarkt verbunden. Der Zugang zu gut bezahlter Arbeit ist damit entscheidend für Lebenschancen und Gestaltungsmöglichkeiten auch für die Frauen in den Projektregionen. Die Zuweisung der unbezahlten Arbeit an die Frauen erschwert ihren Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt und produziert persönliche Abhängigkeit und/oder Armut. Geschlechtsspezifische Unterschiede im Einkommen sind hier immer noch sehr groß. Die Einkommens-Diskriminierung von Frauen ist dabei in den ländlichen Regionen noch stärker ausgeprägt. Der Gender Pay Gap, d. h. der Unterschied zwischen der Bezahlung von Frauen und Männern für die gleiche Arbeit, liegt in Österreich und Deutschland bei etwa 22%. Er rührt zum einen von der hohen Teilzeitquote von Frauen, zum anderen von der kulturellen Abwertung weiblicher Arbeit her. Höhere Erwerbsquoten allein reichen deshalb nicht aus, um über die Arbeitsmarkt-Teilhabe und Einkommensmöglichkeiten von Frauen Chancengleichheit zu erreichen.

### **Bildung und Mobilität**

Die letzten Jahrzehnte waren von einem unglaublichen Aufholprozess von Frauen in der Bildung und Berufsqualifizierung geprägt, so dass in den formalen Bildungsabschlüssen kaum noch Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen. Allerdings gibt es in den traditionell weiblichen und männlichen Berufsbereichen nach wie vor wenig Durchmischung. Durch das Gleichziehen der Frauen bei den formalen Abschlüssen ist dieses Faktum ein wenig aus dem Blick geraten. Aber auch die Frage der Wertigkeit von Ausbildungen und die Geschlechtsspezifika darin bedürfen erhöhter Aufmerksamkeit. Sowohl für die Ausbildung, aber auch Erwerbsarbeit und die Versorgungsarbeit bzw. die unbezahlte Arbeit ist die Frage der Mobilität wesentlich. Mobilität ist aber gerade für Frauen im ländlichen Raum immer noch eine Herausforderung. Deshalb ist es wichtig die Bedürfnisse gerade auch der Frauen sowohl in die Wirtschaftsentwicklung, wie auch in die Verkehrs- und Raumplanung einzubeziehen.

## **Soziale Infrastruktur**

Die Soziale Infrastruktur ist neben der geschlechtsspezifischen Verteilung der unbezahlten Arbeit essentiell für die Arbeitsmarktintegration von Frauen. Im Zuge der Europäischen Beschäftigungsstrategie (1997) sollte auch die institutionelle Kinderbetreuung ausgebaut werden. Auch wenn ein massiver Ausbau von Betreuungseinrichtungen positiv zu vermerken ist, so bleibt doch festzuhalten, dass es nach wie vor eine Reihe von Mängeln gibt: bei den Öffnungszeiten, der Betreuung über Mittag, den Betreuungsmöglichkeiten für Kindern unter 3 und über 6 Jahren und die langen Schließzeiten in den Schulferien. Studien zeigen, dass in beiden Regionen (Garmisch-Partenkirchen und Reutte) viele Frauen ihre Erwerbsarbeit ausdehnen würden und so ihre Existenz besser sichern könnten, wenn eine entsprechende Betreuungssituation vorhanden wäre. Neben dem Ausbau der Infrastruktur, braucht es dazu mehr Investitionen in Betreuungspersonal.

## **Politische Partizipation und Repräsentation**

Gerade auf der kommunalen Ebene ist die politische Partizipation von Frauen immer noch sehr mangelhaft. Quotenregelungen greifen hier offenbar weniger, traditionelle Geschlechterrollenbilder sind immer noch stärker. Zu bedenken gilt es aber auch, dass die politischen Strukturen unter Frauenausschluss entstanden und insofern für Männer „gemacht“ wurden. Zur Behebung dieses demokratiepolitischen Problems sind mehrere Wege zu beschreiten. Zum einen gibt es bereits erfolgreich etablierte Politik-Lehrgänge, die auch in den Regionen angeboten werden sollen. Zum anderen gilt es aber auch, bestehende Strukturen in Frage zu stellen und an die Bedürfnisse von Frauen anzupassen (z.B. in Hinblick auf Sitzungsorganisation, Zeitstrukturen und die Beseitigung informeller Strukturen, die Frauen ausgrenzen). Last but not least geht es auch um Bewusstseinsbildung, die sowohl die „Männlichkeit“ politischer Strukturen problematisiert, als auch einen Gegentrend zu gleichstellungsfeindlichen Strömungen setzt.

## **Empfehlungen und Best Practice Beispiele**

Die politische Beteiligung von Frauen ist Voraussetzung dafür, dass ihre Interessen in allen Politikbereichen zum Tragen kommen. Um die politische, aber auch die soziale und kulturelle Partizipation von Frauen im ländlichen Raum zu verbessern, sind Sozialinvestitionen ein wesentlicher Faktor. Denn die Doppelbelastung von Frauen schränkt nicht nur ihren Zugang zum Arbeitsmarkt ein, sondern auch zu allen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Deshalb ist eine ausgebaute soziale Infrastruktur ausschlaggebend für die politische Beteiligung. Es gibt aber auch eine Reihe von

Instrumenten, die schon vorhanden sind, aber kaum eingesetzt werden. Zum einen könnte der Anteil in den Gemeinderäten nach dem französischen Vorbild erhöht werden, indem Parteienförderung und Frauenbeteiligung gekoppelt werden. Zum anderen ist Gender Mainstreaming zwar gesetzlich verankert, aber bislang kaum in die konkrete politische Praxis eingegangen. Die erfolgreichen Politiklehrgänge, sollten auf regionaler Ebene, auch grenzüberschreitend angeboten werden und es könnten neue, niederschwellige Beteiligungsstrukturen angedacht werden, die sich gerade auf Gemeindeebene anbieten.

Dr. Alexandra Weiss

Der Gesamtbericht erscheint im Januar als Download auf der Homepage aller Projektpartner; Informationen dazu erhalten Sie per E-Mail.

Bleiben Sie mit uns in Kontakt:

Frau und Beruf plus e.V. / Christine Nußhart

[Christine.Nusshart@frau-und-beruf.net](mailto:Christine.Nusshart@frau-und-beruf.net)

BASIS Frauenservice und Familienberatung / Evelyn Mages

[Office@basis-beratung.net](mailto:Office@basis-beratung.net)

Landkreis Garmisch-Partenkirchen/Gleichstellungsstelle / Ulrike Leimig

[Gleichstellungsstelle@lra-gap.de](mailto:Gleichstellungsstelle@lra-gap.de)